

An die  
Stadtgemeinde Mittersill  
Stadtplatz 1  
5730 Mittersill

Posteingangsvermerk:

# Ansuchen um Baubewilligung

gem. § 2 Abs. 1 BauPolG

(zutreffendes bitte ankreuzen bzw. nicht zutreffendes streichen)

<b>Name des Antragstellers (Vor- und Zuname) Bezeichnung der juristischen Person</b>	
<b>Anschrift, Tel. Nr.</b>	
<b>Beschreibung der baulichen Maßnahme:</b>	Bezeichnung des Bauvorhabens gemäß § 2 Bau-PolG (zutreffendes ankreuzen) <input type="checkbox"/> Neubau <input type="checkbox"/> Zu- oder Aufbau <input type="checkbox"/> Umbau <input type="checkbox"/> Nebenanlagen (Heizung, Aufzug, etc.) <input type="checkbox"/> Änderung der Art des Verwendungszweckes <input type="checkbox"/> Einfriedung gegen öffentliche Verkehrsfläche <input type="checkbox"/> sonstiges
<b>Ausführungsort der baulichen Maßnahme / Baustelle (Grundstücksnr., Einlagezahl, Grundbuch der Katastralgemeinde; Adresse)</b>	
<b>Grundeigentümer (Vor- und Zuname, Bezeichnung der juristi- schen Person, Anschrift)</b>	
<b>Ansuchen um eine Ausnahme von baurecht- lichen Vorschriften (z.B. Raumhöhe, Belichtung etc.)</b>	<input type="checkbox"/> Beschreibung des Ausnahmeansuchens wie folgt:  <input type="checkbox"/> Ausnahmeansuchen liegt bei
<b>Zustimmungserklärung der Nachbarn und der Eigentümer der Hauptversorgungseinrichtun- gen gem. § 7 Abs. 9 BauPolG liegt bei (hiez u ist ausschließlich das Formular Z 2 gem. LGBI 53/1997 heranzuziehen)</b>	<input type="checkbox"/> für alle Nachbarn <input type="checkbox"/> für alle Eigentümer der Hauptversorgungsein- richtungen <input type="checkbox"/> liegt nicht vor

<b>Bauplatzerklärung (Verfahren gem. § 16 Abs. 4 GdO 1994 delegiert an die Bezirksverwaltungsbehörde)</b>	<input type="checkbox"/> bestehend mit Bescheid der Bezirkshauptmannschaft Zell am See vom ..... Zl. .... <input type="checkbox"/> bereits anhängig (Ansuchen vom ..... )
<b>Verzeichnis der als Parteien in Betracht kommenden Rechtsträger unter Angabe der Parzellennummern sowie der Namen und Anschriften der Grundstückseigentümer (die Übereinstimmung mit dem Grundbuchstand wird vom Bewilligungswerber bestätigt)</b>	
<b>Bauführer (sofern bereits bekannt)</b>	
<b>Verfasser der Unterlagen (Vor- und Zuname, sowie Anschrift)</b>	
<p>Unterfertigung des Bauansuchens durch den Bewilligungswerber und den Verfasser der Unterlagen, der gegenüber der Baubehörde für die Richtigkeit der Unterlagen haftet; der Verfasser der Unterlagen bestätigt gleichzeitig, über die gesetzlich erforderliche Planungsbefugnis zu verfügen; gleichzeitig wird durch den Bewilligungswerber bestätigt, dass es sich bei dem Vorhaben nicht um die Errichtung eines Zweitwohnungsvorhabens gem. § 24 Abs. 1 ROG 1992 handelt.</p> <p>....., .....  Ort, Datum</p> <p>.....  Unterschrift des Bewilligungswerbers</p> <p>....., .....  Ort, Datum</p> <p>.....  Unterschrift des Verfassers der Unterlagen</p>	

**Erklärung des Bewilligungswerbers gemäß § 10 Abs. 3 BauPolG zur Verfahrensart:**

Die Voraussetzungen für ein vereinfachtes Verfahren

liegen vor  
 liegen nicht vor

weil

der/die Bau/ten insgesamt einen umbauten Raum von ..... m<sup>3</sup>  
und ..... oberirdische Geschosse aufweist/aufweisen;

es sich um die Errichtung einer technischen Einrichtung in einem dem vereinfachten Verfahren unterliegenden Bau handelt;

es sich um eine bauliche Maßnahme im Sinne des § 10 Abs. 1 Z 2 bis 7 BauPolG handelt;

es sich um eine Bau im Sinne des § 10 Abs. 2 BauPolG handelt;

.....  
Unterschrift des Bewilligungswerbers

# Erforderliche Beilagen zum Ansuchen

## 1-fach

1. ein amtlich beglaubigter Grundbuchsauszug oder eine Amtsbestätigung, woraus die Eigentümer des Grundstückes ersehen werden können (diese Unterlage darf nicht älter als 3 Monate sein);
2. ein vollständiges Verzeichnis der gem. § 7 BauPolG als Parteien in Betracht kommenden Rechtsträger unter Angabe der Parzellenummer sowie der Namen und Anschriften der Eigentümer der Grundstücke; die Übereinstimmung des Verzeichnisses mit dem Grundbuchsstand ist vom Bewilligungswerber durch eine ausdrückliche Erklärung zu bestätigen;
3. ggf. Abschrift der Bauplatzerklärung mit Lageplan;
4. soweit eine Zustimmung der Parteien zu einer bewilligungspflichtigen Maßnahme gem. § 7 Abs. 9 BauPolG vorliegt, hat der Bewilligungswerber dies im Ansuchen bekannt zu geben und das nach § 7 Abs. 9 letzter Satz BauPolG festgelegte Formular Z 2 (LGBI 53/1997) anzuschließen;
5. ggf. weitere, in Zusammenhang mit der baulichen Maßnahme aufgrund anderer Rechtsvorschriften erforderliche behördliche Bewilligungen (z.B. nach naturschutz- und wasserrechtlichen Bestimmungen) gem. § 4 Abs. 3 BauPolG bzw. die Bestätigung dass die in Betracht kommenden Verfahren anhängig gemacht worden sind;
6. ggf. weitere Unterlagen gem. § 5 Abs. 6 und 7 BauPolG lt. Vorschreibung durch die Baubehörde;

## 3-fach

### Baupläne

- a. Lageplan 1:500 auf Grundlage der Bauplatzerklärung (Lage des Baues im Bauplatz, Ausweisung der Nachbargrundstücke einschließlich Bauten, ebenso der öffentlichen Verkehrsflächen in diesem Bereich, Einzeichnung der Stellplätze für die in der Baubeschreibung errechnete Anzahl der PKW-Abstellplätze); zusätzliche Eintragungen: Nordrichtung, auf dem Bauplatz bestehende Bauten, alle hierauf bestehenden Hauptversorgungseinrichtungen (Energie, Wasser, Abwasser, Sicherheitsabstände)
- b. Grundriss aller Geschosse mit Angabe des Verwendungszweckes der Räume Maßstab 1:100
- c. Schnitte, insbesondere Stiegenschnitte Maßstab 1:100
- d. Ansichten zur Beurteilung der äußeren Gestalt des Baues mit beabsichtigter Farbgebung Maßstab 1:100
- e. Darstellung der Sammlung und Entsorgungsart der Dach- und Festflächenwässer
- f. ggf. Darstellung der baulichen Vorsorge für Heizungsanlagen samt Rauchfängen, allfällige Aufzüge, Lüftungs- und Förderleitungen, Klimaanlage udgl.
- g. Brandschutzvorkehrungen

**Baubeschreibung** über die technischen Einzelheiten des Baues, Geschossflächen bzw. Baumassenzahl, umbauter Raum, Bodenverhältnisse.

**Abfallwirtschaftskonzept** bei Bauvorhaben mit einer Baumasse von mehr als 5000m<sup>3</sup> über die Vermeidung und ordnungsgemäße Trennung und Behandlung der bei der Bauführung anfallenden Abfälle einschließlich der hierfür erforderlichen Unterlagen. Entsorgungsvertrag mit einem Befugten im Falle des Abbruches eines Baues mit mehr als 500 m<sup>3</sup> umbauten Raum.

Bei **Zu-, Auf- und Umbauten** müssen die Baupläne auch den **Altbestand** mit bewilligter Widmung des Baues erkennen lassen. Die Baupläne müssen auf haltbarem Papier und den technisch üblichen Farbgebungen erstellt werden und genau kotiert sein.

Die Pläne müssen maßstabgerecht gezeichnet und in ihrer Größe und Faltung dem Normformat 21,0 x 29,7 angepasst sein.

# Hinweise zum Baubewilligungsverfahren\*)

## A) Wofür ist eine Baubewilligung erforderlich?

Für folgende bauliche Maßnahmen - **soweit diese nicht bewilligungsfreie Maßnahmen (§ 2 Abs. 2 und 3 BauPolG) sind** - ist eine Baubewilligung erforderlich (§ 2 Abs. 1 BauPolG):

1. die Errichtung von oberirdischen und unterirdischen Bauten einschließlich der Zu- und Aufbauten;
2. die Errichtung von technischen Einrichtungen von Bauten, soweit diese Einrichtungen geeignet sind, die Festigkeit oder Brandsicherheit des Baues zu beeinflussen oder die sonstige Belange nach § 1 Abs. 1 BauTG erheblich zu beeinträchtigen (Heizungsanlagen, Klima- und Lüftungsanlagen udgl.) oder es sich um Hauskanäle zu einer Kanalisationsanlage handelt;
3. die Änderung oberirdischer Bauten, die sich erheblich auf ihre äußere Gestalt oder ihr Ansehen auswirkt, insbesondere auch die Anbringung von Werbeanlagen;
4. die sonstige Änderung von Bauten und technischen Einrichtungen, die geeignet ist, die Festigkeit oder Brandsicherheit des Baues zu beeinflussen oder die sonstigen Belange des § 1 Abs. 1 BauTG erheblich zu beeinträchtigen;
5. die Änderung der Art des Verwendungszweckes von Bauten oder Teilen von solchen; als solche gilt bei Garagen auch deren Verwendung zum Abstellen von Kraftfahrzeugen, für die die Garage nicht zugelassen ist;
6. der Abbruch von Bauten, ausgenommen von freistehenden Bauten mit einem umbauten Raum von weniger als 500m<sup>3</sup>;
  - a) die Errichtung oder erhebliche Änderung von Zu- und Abfahrten zu bzw. von Kraftfahrzeug-Abstellplätzen oder Garagen von bzw. in Straßen mit öffentlichem Verkehr, wenn nicht die Zustimmung des Straßenerhalters oder bei Landesstraßen oder Gemeindestraßen ein Bescheid gem. § 26 Abs 2 bzw. § 28 Abs 3 des Landesstraßengesetzes 1972 vorliegt;
  - b) die Errichtung oder erhebliche Änderung von Zu- und Abfahrten zu bzw. von Kraftfahrzeug-Stellplätzen und von dazu gehörigen Wendepunkten;
7. die Errichtung und erhebliche Änderung von Einfriedungen gegen öffentliche Verkehrsflächen sowie die Errichtung und erhebliche Änderung von Einfriedungen gegen Nachbargrundstücke, wenn sie als Mauern, Holzwände oder gleichartig ausgebildet sind und eine Höhe von 1,5 m übersteigen;
  - a) die Errichtung und erhebliche Änderung von Stütz- und Futtermauern von mehr als 1,5 m Höhe, es sei denn, dass die Maßnahme im Zusammenhang mit der Schaffung von öffentlichen Verkehrsflächen oder Wasserbauten steht;
8. die Errichtung und erhebliche Änderung von freistehenden Industrieschornsteinen, Tribünenanlagen und Flutlichtbauwerken, Traglufthallen, Windkraftanlagen und die Aufstellung von Zelten, deren überdachte Fläche 50m<sup>2</sup> übersteigt, sowie die Aufstellung von Wohnwagen udgl. außerhalb eines Campingplatzes, wenn diese nicht ortsbeweglich ausgestaltet sind oder in einer Art und Weise ständig oder regelmäßig im selben örtlichen Bereich benützt werden, die der Nutzung als Wohnung oder Zweitwohnung entspricht.

## B) „Vereinfachtes Verfahren“

Im Falle des „**Vereinfachten Verfahrens**“ (§ 10 BauPolG) hat der Bewilligungswerber im Bauansuchen das Vorliegen der Voraussetzungen für ein solches Verfahren zu erklären.

## C) Voraussetzung eines befugten Planverfassers

Im Baubewilligungsverfahren müssen für Bauführungen gem. § 2 Abs. 1 Z 1 BauPolG mit einem umbauten Raum von mehr als 300m<sup>3</sup> die Unterlagen von einem hiezu nach den gewerberechtigten oder sonstigen Vorschriften ausdrücklich befugten Person verfasst und unterfertigt sein. Der Verfasser ist gegenüber die Baubehörde für die Richtigkeit der Unterlagen haftbar.

## D) Wie sieht der weitere Verfahrensablauf nach Einbringung des Bauansuchens aus?

Über das Bauansuchen ist nach Durchführung der Vorprüfung und des Ermittlungsverfahrens (ggf. einschließlich einer mündlichen Verhandlung) durch Bescheid der Baubehörde zu entscheiden. Die Ausführung einer baulichen Maßnahme ohne Baubewilligung ist eine Verwaltungsübertretung und mit einer Geldstrafe von bis zu EUR 25.000,- (im Fall der Uneinbringlichkeit Ersatzfreiheitsstrafe bis 6 Wochen) zu bestrafen.

\*) die Hinweise auf diesem Formular geben lediglich einzelne baurechtliche Bestimmungen wieder, auf deren Inhalt seitens der Baubehörde besonders hingewiesen wird; sie ersetzen nicht die Kenntnis aller anderen, mit diesem Verfahren verbundenen baurechtlichen und bautechnischen Vorschriften durch Antragsteller bzw. Bauherrn, Planer, Bauführer und Bauausführenden.